

Frank Deppe

KRISE UND ERNEUERUNG MARXISTISCHER THEORIE

Anmerkungen eines Politikwissenschaftlers¹

Es ist eher dem Zufall geschuldet, dass der Tag meiner Abschiedsvorlesung mit dem 218. Jahrestag des Sturms auf die Pariser Bastille und der Proklamation des Dreiklangs von „Freiheit, Gleichheit, Solidarität“ zusammenfällt. Immerhin öffnete der Philosoph Hegel, der in seiner *Philosophie der Geschichte* die Revolution von 1789 als einen „herrlichen Sonnenaufgang“ gefeiert hatte, an jedem 14. Juli des Jahres eine der besten Flaschen seines Weines. Der junge Karl Marx hatte 1844 - also vier Jahre vor der europäischen Revolution des Jahres 1848, die im Februar in Paris begann - die Hoffnung beschworen, dass „*der deutsche Auferstehungstag verkündet werde durch das Schmettern des gallischen Hahnes*“ (MEW 1:391). Auch in der Gegenwart werden kritische Geister und Akteure durch das Schmettern des gallischen Hahnes inspiriert – so z. B. viele unserer Studierenden, die in den letzten Wochen – auf so beeindruckende Weise – der Kritik und dem Widerstand gegen die Einführung von Studiengebühren Ausdruck und Kraft verliehen haben. Sie haben sich auch von der erfolgreichen Bewegung von Schülern und Studierenden, von Lehrenden und Gewerkschaftern in Frankreich gegen ein Gesetz inspirieren lassen, das „die kommende Generation potentieller Erwerbstätiger mental darauf einstellen“ sollte, „die Imperative des Marktes und den Verzicht auf den Schutz der Arbeitskraft als Normalität zu verinnerlichen“ (Peter 2006: 63).

Ein kurzer Rückblick

Bevor ich auf das Thema unserer Tagung eingehe, soll beim Abschied doch für einen Moment des Anfangs gedacht werden. Am 13. März 1972 erhielt ich ein Schreiben des damaligen Hessischen Kultusministers Ludwig von Friedeburg mit der entscheidenden Mitteilung: „Ich habe die Absicht, Sie zu berufen“. Dem war – fast ein Jahr lang – ein Kampf um meine Berufung vorausgegangen. Die studentischen Verbände der sog. „Gewerkschaftlichen Orientierung“ (GO), also MSB und SHB, unterstützten diesen Kampf mit der Losung „Marx an die Uni, Deppe auf H 4“ (das war die Bezeichnung der vakanten Professur im Institut für Politikwissenschaft). Auf diese Berufungskampagne will ich im einzelnen nicht eingehen² – sie war typisch für

¹ Geringfügig bearbeiteter und gekürzter Text meiner Abschiedsvorlesung vom 14. Juli 2006; eine erste Fassung des Textes erschien als Supplement der Zeitschrift „Sozialismus“ (Hamburg, VSA-Verlag), Nr. 3 / 2007.

² In einem ASTA-info vom Januar 1972 findet sich unter der Überschrift „Deppe auf H 4!“ folgender Text. „Die folgende Resolution wurde auf einem Teach-In vom Asta der Philipps-Universität und der GEW-Hochschulektion am 27. 1. 1972 einstimmig von ca. 1500 Teilnehmern verabschiedet: Die im Auditorium Maximum der Philipps-Universität versammelten Studenten, wissenschaftliche Mitarbeiter, Professoren und Gewerkschafter bekennen sich zur Notwendigkeit einer gewerkschaftlichen Orientierung aller Demokraten und Sozialisten an den Universitäten im Kampf gegen eine reaktionäre Formierung der Universitäten im Interesse des Großkapitals. Der Kampf um den Aufbau einer gewerkschaftlichen Gegenmacht in den Universitäten orientiert sich an den aktuellen und perspektivischen Interessen der Studierenden und Lernenden als Lohnabhängige“. Schließlich wird der Kultusminister aufgefordert, seine „bisherige Verweigerung der Berufung von Frank Deppe“ unverzüglich aufzugeben. In der Studentenzeitung „Marburger Blätter“ Nr. 1/1972 erschien gleichzeitig ein Artikel mit der Überschrift „Empörende Manipulationen im Fall Frank Deppe. Nicht verschleppen –

jene Periode der Universitätsreform im Gefolge der „Bewegung von 1968“, in der eine starke Studierendenbewegung – aber auch ein starker „Mittelbau“ von Assistenten, zusammen mit einer relativ kleinen Gruppe von linken Professoren - für eine kurze Zeit nicht nur die Inhalte der Lehre, die Zusammensetzung der Gremien, sondern auch die Besetzung von Professorenstellen beeinflussen konnte³. Eines der Argumente in dieser Kampagne war, dass der Marxismus im Wissenschaftssystem der Bundesrepublik Deutschland im Zeichen des Kalten Krieges keinen Platz hatte. Wolfgang Abendroth, der im Jahre 1972 emeritiert wurde, war die große Ausnahme, während in unseren europäischen Nachbarländern Großbritannien, Frankreich und Italien zahlreiche Marxisten und Mitglieder der kommunistischen Parteien ihrer Länder als Professoren tätig waren. Mit der Losung „Marx an die Uni“ ging es darum, einen Wissenschaftspluralismus zu erkämpfen, der in anderen westlichen Ländern längst selbstverständlich war.

Diese Berufungskampagne war auch aus anderen Gründen ungewöhnlich. Jeder Berufungsvorgang wird (bis heute) durch auswärtige akademische Gutachten unterstützt. Ich erinnere mich hier besonders an die Gutachten des britischen Kollegen Ralph Miliband und (übrigens durch Vermittlung von Ernest Mandel in Brüssel) des berühmten Industriesociologen Pierre Naville aus Paris, der meine Dissertation über „Louis Auguste Blanqui“ (1968) kannte. Ungewöhnlich war allerdings, dass sich eine Reihe von führenden Gewerkschaftskollegen mit eigenen Gutachten für meine Berufung engagierten: Leonhard Mahlein, damals Vorsitzender der IG Druck und Papier; Werner Vitt, stellvertretender Vorsitzender der IG Chemie, Papier, Keramik; Philipp Pless, der Vorsitzende des DGB-Hessen; Walter Fabian, Chefredakteur der „Gewerkschaftlichen Monatshefte“ und – worauf ich bis heute besonders stolz bin - Willi Bleicher, damals noch Bezirksleiter der IG Metall in Stuttgart. In Marburg selbst schlossen sich diesen Voten der Betriebsrat der Firma Monette sowie verschiedene gewerkschaftliche Gliederungen - darunter auch die Deutsche Postgewerkschaft - an⁴. Es gab dazu eine Leserbriefschlacht in der *Oberhessischen Presse* – und einige Honoratioren sahen schon – wegen der Interventionen der Gewerkschafter in das Wissenschaftssystem - den „Untergang des Abendlandes“ in einem fortgeschrittenen Stadium. Zum 450-jährigen Jubiläum der Marburger Philipps-Universität im Sommer 1977 sprach übrigens der Vorsitzende des DGB, Heinz Oskar Vetter - auf Einladung des Fachbereich Gesellschaftswissenschaften, dessen Dekan ich zu dieser Zeit war, im Audimax vor mehr als 1000 Studierenden und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aus der Region zu dem Thema „Was erwarten die Gewerkschaften von den Hochschulen?“ (Vetter 1979). Ich freue mich deshalb ganz besonders, dass zu dieser Abschiedsvorlesung auch - neben der ehemaligen Kreisvorsitzenden des DGB-Marburg, Käte Dinnebie⁵ - einige meiner Kolleginnen und Kollegen vom „Forum

berufen!“.

³ Im Falle meiner Berufung kam hinzu, dass sich Wolfgang Abendroth, der zeitgleich mit meiner Berufung emeritiert wurde, nicht nur in der Fakultät, sondern auch im Ministerium und bei den Gewerkschaftern, mit denen er befreundet war (z. T. aus der Zeit vor 1933, als er in der KPO tätig war: dort kannte er z. B. Philipp Pless, der 1972 Vorsitzender des DGB-Hessen war und sich mit Abendroth und den Marburger Soziologen Maus und Hofmann gegen die Notstandsgesetze engagiert hatte), für meine Berufung einsetzte.

⁴ Viele der Marburger Kolleginnen und Kollegen hatten an dem ersten Seminar für Arbeiter und Studenten an der Philipps-Universität zum Thema „Mitbestimmung“ teilgenommen, das von dem Soziologen Werner Hofmann und mir (im Sommersemester 1969) geleitet wurde.

⁵ „Die Kooperation Hochschule – Gewerkschaften muss dem Ziel dienen, wissenschaftliche Erkenntnisse für die praktische und theoretische Arbeit der Gewerkschaften nutzbar zu machen, die

Gewerkschaften“ der Zeitschrift „Sozialismus“, dem auch ich angehöre, nach Marburg gekommen sind.

Diese Erinnerung soll keine nostalgischen Seufzer provozieren, sondern auf Kontinuitätslinien (im Wandel der Zeiten, den es zweifellos gibt) aufmerksam machen. Diese wiederum sind das Ergebnis langer Arbeit und harter Kämpfe. Mitte der 70er Jahre stellte z. B. die CDU-Fraktion im Hessischen Landtag den Antrag, den Fachbereich 03 der Philipps-Universität aufzulösen, weil er sich „zu einer kommunistischen Partei-Hochschule entwickelt habe“ (BdWi 1977: 46). Danach folgten mehrere Angriffswellen, die sowohl unsere Lehrtätigkeit als auch unsere Publikationen betrafen. Besonders hohe Wellen schlug die bundesweite Auseinandersetzung um die „Geschichte der deutschen Gewerkschaften“ (Deppe u.a. 1977), die zumindest den Vorteil hatte, dass sie das Interesse des DGB an historischer Forschung vorantrieb. Solche Auseinandersetzungen haben viel Kraft gekostet und sie forderten auch zahlreiche Opfer, vor allem durch die Politik der Berufsverbote. Dass linke Intellektuelle sich untereinander streiten, ist nicht ungewöhnlich. Wenn aber die Auseinandersetzungen mit dem Vorwurf der „kommunistischen Unterwanderung“ geführt werden, dann verlagern sie sich auf die Ebene des „Staatsschutzes“, Denunziation tritt an die Stelle der wissenschaftlichen oder politischen Auseinandersetzung. In der politischen Justiz der Bundesrepublik war die Verwechslung von marxistischem Denken und Agententätigkeit für die DDR bewusst angelegt, obwohl sie in den frühen 70er Jahren vielen Akteuren nicht bewusst wurde.

Materialistische Politikwissenschaft

Bevor ich auf die Thematik „Krise und Erneuerung des Marxismus“ eingehe, möchte ich einige Thesen über mein Verständnis von materialistischer Politikwissenschaft voranstellen. Das Leitmotiv hat mir Antonio Gramsci in den „Kerkerheften“ vorgegeben: „Die Frage, die am Beginn einer Abhandlung über Machiavelli zu stellen und zu beantworten ist, ist die Frage der Politik als autonomer Wissenschaft, und das heißt des Platzes, den die Politische Wissenschaft in einer ... Philosophie der Praxis ... einnimmt oder einnehmen soll“ (Gramsci 1996: 1546).

- Politik kennzeichnet ein Herrschaftsverhältnis – in letzter Instanz (so sah es auch Max Weber) ein Gewaltverhältnis; denn Politik wird – „als Aktivität, die die ... Machtverteilung der sozialen Gruppen in der Gesellschaft... sei es verändern, sei es ... stabilisieren will“ (Abendroth 1967: 9/10) – mehr oder weniger direkt unter den Bedingungen des staatlichen Gewaltmonopols betrieben. Allerdings darf die Politik nicht mit dem Staat identifiziert werden; denn einer solcher verengter Politikbegriff tendiert stets dazu, die „Machtverteilung der sozialen Gruppen in der Gesellschaft“ zu ignorieren.

- Politik bedeutet – auf der Ebene des Staates (des Souveräns, der über das „Gewaltmonopol“ verfügt) - die maßgebende Entscheidung über das allgemein Verbindliche. Das „Gesetz“ ist Ausdruck der „volonté générale“, in die stets der Konflikt zwischen individueller Freiheit und Ordnung eingeschrieben ist. Diese Entscheidung ist jedoch Resultat von Diskussionen, Konflikten,

Vorherrschaft kapitalorientierter Interessen in der Wissenschaft und der Universität zu beseitigen, die Demokratisierung der Bildungsinhalte und –institutionen zu unterstützen“ (Dinnebier / Deppe 1979: 245).

Entscheidungsverfahren, die ihrerseits durch die strukturelle Nicht-Identität von individuellen und kollektiven Interessen in der Gesellschaft hervorgebracht werden. Politische Institutionen und Normsysteme (Gesetze) dienen in erster Linie dazu, verbindliche Regeln, Wertesysteme, Steuerungsleistungen, aber auch Sanktionen für den Fall der Regelverletzung autoritativ festzulegen. Diese Regeln und der Prozess ihrer Festlegung sind freilich angesichts der ungleichen Verteilung der Macht, der Autorität und des materiellen Reichtums in Klassengesellschaften sowie in patriarchalisch strukturierten Herrschaftsverhältnissen immer auch Formen der Herrschaftssicherung – und deshalb beständig umkämpft.

- Politik – ob innerhalb des Staates oder außerhalb betrieben – kostet Geld. Zwischen der Entwicklung des Staates und der Verallgemeinerung der durch das Geld vermittelten Verhältnisse des Warentausches – besteht daher ein logischer und historischer Zusammenhang. Da aber Politik selbst keine wertschöpfende Aktivität ist, greift sie in die Verteilungsverhältnisse ein, und wird auf diese Weise zum Moment der Verteilungskämpfe zwischen den Klassen. Im 20. Jahrhundert ist die „Ökonomisierung der Politik“ im wesentlichen durch zwei Entwicklungstendenzen vorangetrieben worden: a) durch die Militarisierung der Politik und die steigenden Staatsausgaben für die Rüstung (auch durch die Kosten der Kriege); b) durch die Notwendigkeit eines Staatsinterventionismus, der einerseits die Risiken des kapitalistischen Krisenzyklus minimiert, andererseits durch sozialpolitische Maßnahmen den Klassengegensatz entschärft.

- Marxistische Politikwissenschaft stünde daher vor der Aufgabe, die Vermittlung zwischen den ökonomischen und sozialen Grundverhältnissen und -konflikten der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft (wie sie Gegenstand der „Kritik der politischen Ökonomie“ bei Marx waren) und den politischen Verhältnissen zu reflektieren - auf dem heutigen Entwicklungsstand der Vergesellschaftung und der politisch-ideologischen Machtverhältnisse, der institutionellen Veränderungen (unter Einschluss der Transformation von Staatlichkeit) und der diskursiven Konflikte um die hegemoniale Deutung der normativen Selbstbeschreibung der politischen Ordnung bürgerlicher Gesellschaften (Freiheit, Rechtsgleichheit, soziale Gerechtigkeit, Frieden nach innen und außen). Anders und einfacher: Der Begriff der politischen Macht bleibt ohne den Begriff der ökonomischen Machtverhältnisse einer Gesellschaft und ihrer Klassenstruktur letztlich leer und substanzlos.

- Die „jetzige Gesellschaft (ist) kein fester Kristall, sondern ein umwandlungsfähiger und beständig im Prozess der Umwandlung begriffener Organismus“ (so Marx im Vorwort zur 1. Auflage des „Kapital“, MEW 23:16). Darin liegt die *Bedeutung der historischen Dimension* – der politische und soziale Wandel als Artikulation nicht nur der Bewegung der Widersprüche kapitalistischer Vergesellschaftung sondern auch als Resultat des Handelns (und der Kämpfe) der sozialen und politischen Akteure. Robert Cox, der Begründer der neogramscianischen Schule der Internationalen Politischen Ökonomie und mit unserer Marburger Forschungsgruppe Europäische Integration freundschaftlich verbunden, hat daher seinem grundlegenden Werk den schönen Untertitel gegeben: „Social Forces in the Making of History“ (1987), um dabei seine Verbundenheit mit E. P. Thompson's „Making of the English Working Class“ (1963) anzudeuten. Gleichzeitig hat er uns daran erinnert, dass die Trennung von nationaler und internationaler bzw. globaler Politik nur eine formale sein kann; denn mit der Entwicklung des Kapitalismus entwickelt sich zugleich der Weltmarkt –

und darüber schließlich vermittelt sich die Position der Staaten in der „Weltordnung“, die ihrerseits neue Institutionen und Organisationen erzeugt.

- Das politische Feld besitzt eine eigene institutionelle und diskursive Realität und Materialität, eine eigene Funktionslogik und Praxisdimension. Marxistische Politikwissenschaft muss auch Methoden der Erforschung dieser Realität – einschließlich der Methoden der empirisch verfahrenen Sozialwissenschaften – anerkennen. Der Mainstream-Institutionalismus in den Politikwissenschaften negiert freilich (ebenso wie einige heute sehr moderne Varianten des Konstruktivismus) die sozialen und ökonomischen Voraussetzungen politischer und ideologischer Machtverhältnisse. In der Geschichte des Marxismus hingegen wurde die relative Autonomie des Politischen lange systematisch – u. a. durch die Akzeptanz eines ökonomischen Determinismus bzw. einer mechanistischen Interpretation des Basis-Überbau-Theorems bei Marx – unterschätzt bzw. negiert. Michel Foucault hat daher in seinen Analysen zur „Ordnung der Dinge“ zu Recht den Zusammenhang zwischen Wissen und Macht, und die Bedeutung der Definitionsmacht, die – im Rechtssystem, aber auch im Gesundheitswesen – das Anormale (Kranke) vom Normalen (Gesunden) absondert (und diskriminiert), hervorgehoben.

Ralph Miliband (den ich bereits erwähnte) veröffentlichte 1977 ein Buch mit dem Titel „Marxism and Politics“. In der Einleitung konstatiert er „an absence of systematic political theorization on the part of Marx, Engels, and their most prominent successors“ (Miliband 1977: 2)⁶. Die Stalin'sche Version des Marxismus-Leninismus bezeichnete er als „a dreadfully impoverished affair“. In den folgenden Kapiteln fragt Miliband, warum die „alte Ordnung“ (der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft) sich immer wieder als äußerst widerstandsfähig und stabil erwiesen hat, wie die Beziehungen zwischen Klasse und Partei sowie zwischen Reform und Revolution im Sinne einer politischen Theorie des Marxismus neu zu bestimmen sind⁷. Das Interesse an den „Kerkerheften“ von Antonio Gramsci, das ja erst in den 70er Jahren neu erwachte, richtete sich exakt auf die Hegemonietheorie bei Gramsci; denn dieser konzentrierte sich auf politische Machtverhältnisse als Bündniskonstellationen („historischer Block“), die immer klassenübergreifend wirken, sowie auf die Rolle der Intellektuellen sowie der Institutionen in der – wie er sagte – „Società Civile“, der Zivilgesellschaft. Damit markierte er diese Bereiche selbst als Terrain von Klassenkämpfen, deren Ziel für ihn – als normative politische Option – die Errichtung eines neuen Typs der Hegemonie sein sollte⁸. Da der moderne bürgerliche Staat

⁶ In seiner Schrift „Über den westlichen Marxismus“ hatte Perry Anderson (1978: 17) festgestellt: „Im Grunde hinterließ Marx eine kohärente, entfaltete *ökonomische* Theorie der kapitalistischen Produktionsweise, die er im *Kapital* ausführte, aber keine vergleichbare *politische* Theorie der Strukturen des bürgerlichen Staates oder der Strategie und Taktik für den revolutionären sozialistischen Kampf einer Arbeiterpartei zum Sturz dieses Staates“.

⁷ Etwa zur gleichen Zeit hatte der französische Philosoph Louis Althusser die „Krise des Marxismus“ u.a. darauf zurückgeführt, dass eine – wie er sagte – „tatsächliche marxistische Staatstheorie“ nicht existiert und es keine wirkliche Theorie des Klassenkampfes und seiner Organisationen gebe (L. Althusser 1978; Deppe 1991).

⁸ Für meine eigenen Arbeiten hat seit den späten 70er Jahren das Bewusstsein von den Defiziten der politischen Theorie in der Tradition des marxistischen Denkens eine wichtige Rolle gespielt. Das wurde am Ende der sog. „Staatsableitungsdebatte“ der 70er Jahren immer offenkundiger. Sie war ein typisches Beispiel für einen – von der Praxis weitgehend abgelösten und schließlich nur noch selbstreflexiven – „akademischen Marxismus“, zumal die Konzentration auf den Staat – angesichts der Bedeutung der „Zivilgesellschaft“ im Sinne Gramscis – eine Verengung des Politikbegriffes beinhaltet. In den Arbeiten von Louis Althusser und Nikos Poulantzas, von Ralph Miliband, Perry Anderson, Göran Therborn, frühen Arbeiten von Bob Jessop und in Beiträgen von italienischen Kollegen wie Umberto Cerroni, die sich vor allem auf die Hegemonietheorie von Antonio Gramsci bezogen, wurde

selbst als „ein Beziehungsverhältnis sozialer Kräfte“ (Poulantzas) verstanden werden muss, dessen Apparate und Netzwerke weit in „Zivilgesellschaft“ hineinreichen, so entstehen auch hier immer wieder Konflikte und Kämpfe um die Machtverteilung.

- Schließlich sei an die normative Dimension marxistischer Politikwissenschaft (allgemeiner: kritischer Gesellschaftstheorie) erinnert. Sie ist auf der einen Seite ihrem Wesen nach radikale Ideologiekritik – Kritik der „herrschenden Gedanken“, von denen der junge Marx sagte, dass sie die „Gedanken der herrschenden Klasse“ sind (MEW 3: 46). Sie entfaltet den Widerspruch zwischen den Versprechen und dem Anspruch der herrschenden politischen Ideologie (Freiheit, Gleichheit, Menschenrechte, Volkssouveränität) mit der Realität partikularer Herrschaftsformen, der Beschränkung der Menschenrechte. Auf der anderen Seite zeichnet sich marxistische Politikwissenschaft durch einen spezifischen Begriff des Theorie-Praxis-Verhältnisses aus. Der junge Marx hatte als radikal humanistischen „kategorischen Imperativ“ benannt, „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist...“ (MEW 1: 385). Wenig später formulierte er seine berühmten Feuerbachthesen über den Zusammenhang von Welterkenntnis und Weltveränderung. In der Geschichte der Arbeiterbewegung und des Marxismus ist auf diesem Gebiet viel Schaden angerichtet worden, wenn die Einheit von Theorie und Praxis gleichsam per Parteibeschluss festgelegt wurde. Wolfgang Abendroth, dessen 100. Geburtstag wir in diesem Jahr gedacht haben, fasziniert uns als intervenierender sozialistischer Intellektueller, der einerseits stolz darauf war, durch seine Arbeit dem linken Flügel der real existierenden Arbeiterbewegung nützlich zu sein und zur Entwicklung des Klassenbewusstseins von Teilen der Arbeiterklasse beigetragen zu haben, der aber andererseits sich nicht hat instrumentalisieren lassen und immer wieder seine intellektuelle Autonomie – auch als Kritik an der „herrschenden Linie“ – verteidigt hat (Urban u.a. 2006).

Die Theorie-Praxis-Konstellation sollte nicht der Wissenschaft selbst zugeschrieben werden. Vielmehr sollten in diesem Zusammenhang das wissenschaftliche Feld und die darin stattfindenden Kämpfe um „Deutungsmacht“ (als ein wesentlicher Bestandteil von Hegemonie und der politischen Kräfteverhältnisse) analysiert werden. Dabei muss nach der Rolle und Funktion der Intellektuellen gefragt werden, die sich selbst und damit Ergebnisse ihrer eigenen wissenschaftlichen Arbeit in die sozialen und politischen Bewegungen und Auseinandersetzungen einbringen. Man kann wohl marxistische Politik- bzw. Sozialwissenschaft rein akademisch (d.h. ziemlich unpolitisch) betreiben. Dafür gibt es nicht nur im angelsächsischen Bereich zahlreiche (und sogar sehr respektable) Beispiele. Man kann aber auch als Wissenschaftler aktives Mitglied einer politischen Organisation sein, die sich zum Ziel setzt, die bestehende kapitalistische Ordnung durch eine sozialistische zu überwinden – auch dafür gab (und gibt) es zahlreiche Beispiele – vor allem in unseren Nachbarländern Großbritannien, Frankreich und Italien, weniger hingegen in der Bundesrepublik Deutschland, wo solche Positionen - z. B. durch das KPD-Verbot bzw. durch die Politik der Berufsverbote seit Anfang der 70er Jahre - schnell kriminalisiert wurden.

die Frage nach der politischen Theorie des Marxismus immerhin im Zusammenhang der Kämpfe der Arbeiter- und Intellektuellenbewegungen in Westeuropa seit den späten 60er Jahren gestellt. Sie reflektierten aber auch schon die sich seit Mitte der 70er Jahre abzeichnende Niederlage der sich auf den Marxismus beziehenden sozialen und politischen Kräfte, die dann in der großen „Wendezeit“ der 80er Jahre deutlicher ins Bewusstsein trat.

Die Renaissance des Marxismus im Gefolge der Studierendenbewegung

Die späten 60er und die 70er Jahre werden immer wieder als eine Periode der „Blüte“ bzw. der „Renaissance“ des Marxismus bezeichnet. Im Kalten Krieg war der theoretische Marxismus bzw. der „wissenschaftliche Sozialismus“ – zumal in der BRD – extrem marginalisiert bzw. disqualifiziert (im besten Fall noch als Quasi-Religion, normalerweise als Fall für den Verfassungsschutz). Nach 1968 erlebten die „blauen Bände“ (die MEW-Ausgabe aus der DDR) ebenso wie Neuauflagen linker Klassiker und andere revolutionäre Literatur, die sich auf den Marxismus bezog, einen außerordentlichen Boom. An den Universitäten wurden – quer durch die Fächer – „Kapital-Kurse“ sowie Grundkurse zur Geschichte der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft durchgesetzt. Gesellschaftswissenschaftliche Disziplinen erlebten einen Massenansturm der Studierenden. Die großen Verlage rissen sich um die linken Autoren; die „Regenbogen-Reihe“ des Suhrkamp Verlages erzielte höchste Auflagen. Die Neugründung vieler Universitäten Anfang der 70er Jahre eröffnete einer mittleren Generation, die promoviert war, erweiterte Möglichkeiten zur Übernahme einer Professur. Die zeitweilige Öffnung des Wissenschaftssystem erscheint aus der Sicht der Gegenwart, in der Reform der Hochschulen deren „Schließung“ gegenüber kritischen Wissenschaftsinhalten sowie deren Anpassung an die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes und der „Standortortkonkurrenz“ bedeutet, als kurze Phase einer außergewöhnlichen Veränderung und Demokratisierung der deutschen Universität – ihrer internen Entscheidungsstrukturen ebenso wie der Inhalte der Wissenschaft.

Wie aber vollzog sich die Aneignung des Marxismus durch die rebellierenden, jungen Intellektuellen in diesen Jahren?⁹ An welche Traditionslinien und Bestände marxistischen Denkens konnten sie anknüpfen, um ihre eigene Praxis und deren Perspektiven besser zu verstehen? Mir scheint, dass hier für nachwachsende Generationen kritischer HistorikerInnen noch viele spannende Fragestellungen zu bearbeiten sind. Ich beschränke mich auf einige Stichpunkte und – zugegeben – grobe Linien. Im Jahrzehnt zwischen 1965 und 1975 erfuhren sich die Akteure – subjektiv und kollektiv – als Kraft tiefgreifender Veränderungen – an der Hochschule ebenso wie in der internationalen Politik. Die antikolonialen und antiimperialistischen Bewegungen (Cuba, Algerien, Vietnam usw.) feierten Siege, in Lateinamerika war die Linke auf dem Vormarsch, bis sie durch die faschistischen Militärputsche brutal unterdrückt wurde. In Westeuropa fielen die letzten Diktaturen (Portugal, Spanien, Griechenland) unter dem Druck von Massenbewegungen der Arbeiter und der Studierenden, wobei in der portugiesischen „Revolution der Nelken“ junge Offiziere zur Avantgarde nicht nur des Sturzes der Diktatur, sondern einer sozialen Revolution wurden. Zusammen mit der Jugend- und Intellektuellenbewegung (mit ihrem Zentrum an den Universitäten) kam es zu einem Aufschwung der „Klassenkämpfe in

⁹ Für die jungen Intellektuellen in der Bundesrepublik wurde in den 60er Jahren die Auseinandersetzung mit dem deutschen Faschismus (und seinen Nachwirkungen in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik der BRD) gleichsam zur Brücke für die Aneignung einer marxistischen Kapitalismuskritik; denn der Zusammenhang von Kapitalismus und Faschismus wurde nicht nur von Marx Horkheimer und der „Frankfurter Schule“ anerkannt, sondern auch in der Tradition des linken Flügels der deutschen Arbeiterbewegung rekonstruiert (vgl. dazu – neben den Analysen von DDR-Historikern, wie Jürgen Kuczynski, Eberhard Czichon, Kurt Gossweiler, Kurt Pätzold u. a. – den von Wolfgang Abendroth im Jahre 1967 herausgegeben Band „Faschismus und Kapitalismus“). Auch in der von W. F. Haug, F. Tomberg und M. v. Brentano herausgegeben Zeitschrift „Das Argument“ stand diese Thematik im Zentrum.

Westeuropa“ (Albers u.a. 1971; Deppe 1985): auf den sechswöchigen Generalstreik in Frankreich (Mai/Juni 68), der das Land an den Rand einer Staatskrise brachte, folgte der „heiße Herbst“ in Italien und Wellen großer Streikbewegungen in Großbritannien, die in den 70er Jahren anhielten. Es war diese „Verbindung von Sozial- und Künstlerkritik“ (Boltanski / Chiapello 2003: 215 ff.) auf der einen, und die Verbindung zwischen den Kämpfen in der „Dritten Welt“ und in den Metropolen des Kapitals selbst, die das Selbstbewusstsein der Akteure – aber auch die illusionäre Überschätzung der Möglichkeiten zur „Revolutionierung“ der Machtverhältnisse in den Kapitalmetropolen selbst – bestimmte.

Theoretische und strategische Reflexion, die auch die „Renaissance“ marxistischen Denkens einschloss, entwickelte sich entlang von drei Linien, die ihrerseits je spezifische Verbindungen von Theorie und Praxis beinhalteten. Bis zum Ende der 60er Jahre war der Bezug auf die Revolutionsbewegungen in der Dritten Welt und ihre Theoretiker (Mao, Ché Guevara, Frantz Fanon) unter den Intellektuellen durchaus dominant, sofern auch noch die Selbstbeschreibung der VR China als Modell einer „Dritte-Welt-Revolution“ (Lin Biao: „Die Dörfer erobern die Städte im Weltmaßstab!“) und die „Kulturrevolution“ im Innern als Modell einer „permanenten Revolution“ gegen die Staats- und Parteibürokratie missverstanden wurde. Die Arbeiterklasse in den Metropolen wurde als nicht mehr revolutionär angesehen, die Sowjetunion (und ihre Verbündeten) als Reformisten oder „Verräter“ angeklagt. Die Intellektuellen in den Metropolen verstanden sich so als die Verbündeten einer neuen Weltrevolution, die ihr Zentrum an der Peripherie des kapitalistischen Weltsystems hatte („Trikont“). Die „Stadtguerilla“ der RAF war nur der extremste Ausdruck dieser Fehleinschätzung. Die linksradikal-maoistischen Organisationen der 70er Jahre, die meist aus den antiautoritären Strömungen der späten 60er Jahren hervorgegangen waren, trieben dagegen den Theorieverfall auf die Spitze: sie waren davon überzeugt, dass der Kapitalismus auf eine tiefe Krise zutreibt, dass die Arbeiterklasse immer revolutionärer wird und sich der Staat immer mehr „faschisiert“. Dabei knüpften sie an die ultraradikale Terminologie der Kommunistischen Internationalen nach 1929 an: die „Sozialfaschisten“ waren nunmehr freilich die Kommunisten im Einflussbereich der KPdSU. Allerdings waren die 70er Jahre durch eine intensive theoretische Debatte auf dem Gebiet der Imperialismustheorien charakterisiert: der Focus hatte sich jetzt auf die Beziehungen zwischen dem Zentrum und der Peripherie verschoben. Marxistische Ökonomen wie Paul Baran, Paul Sweezy und Ernest Mandel hatten schon bis Anfang der 60er Jahre wichtige Vorarbeiten geleistet – in den 70er Jahren wurden u.a. mit der Imperialismustheorie von Johan Galtung, der Dependencia-Theorie von lateinamerikanischen Soziologen (Cardoso, Theotonio dos Santos u.a.) und der Weltsystemtheorie (Wallerstein, Arrighi, Samir Amin, Frank) eigenständige Beiträge zur Imperialismus-Analyse erarbeitet (Deppe u.a. 2004: 64 ff.).

Die kommunistische Weltbewegung war schon in eine Periode der inneren Spaltungen und Differenzierungen eingetreten: der Konflikt zwischen der KPdSU und der KP Chinas tobte sich in heftigen Polemiken aus. Die Militärintervention in der CSSR (August 1968), die den sog. „Prager Frühling“ unterdrückte, verstärkte die Distanzierung großer westeuropäischer kommunistischer Parteien (vor allem des PCI), die sich in den 70er Jahren als „eurokommunistisch“ bezeichneten, von der „Moskauer Zentrale“. Gleichwohl betonten die kommunistischen Parteien die Notwendigkeit der Entspannungs- und Abrüstungspolitik zwischen den Blöcken. Sie unterstützten die nationalen Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt und kämpften

in den entwickelten kapitalistischen Gesellschaften für eine „antimonopolistische Demokratie“, die nur durch ein breites Bündnis sozialer und politischer Kräfte zu erreichen war. Sie vertraten als gleichsam offizielle Lehre, dass mit der Konsolidierung der Sowjetunion und ihres Lagers, dem Anwachsen der sozialen Bewegungen und der Arbeiterbewegung in den Metropolen des Kapitals sowie mit den Siegen der Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt ein globaler Prozess des Übergangs zum Sozialismus vorangetrieben werde, der mit der russischen Oktoberrevolution des Jahre 1917 eingeleitet wurde. Die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus (SMK-Theorie; vgl. u.a. Jung / Schleifstein 1979), die in einer Flut von „antirevisionistischen“ Texten kritisiert wurde, sollte die Veränderungen in den Kapitalmetropolen selbst erklären: auf der einen Seite eine fortschreitende „Monopolisierung“ in Form der Kapitalzentralisation, auf der anderen Seite zunehmende Staatseingriffe, um die Widersprüche der Kapitalverwertung und den Druck von Krisenprozessen abzuschwächen und – im Bereich der Sozialpolitik – um auf die zunehmende Macht der (reformistischen) Arbeiterbewegung, aber auch auf die Existenz der „realsozialistischen Alternative“ zu reagieren. Diese Analysen bewegten sich auf unterschiedlichen Niveaus - die meisten bezogen sich auf Lenins „Imperialismusschrift“, andere verfolgten einen akkumulationstheoretischen Ansatz, der vor allen auf den dritten Band des Marx’schen „Kapitals“ und die Ausführungen über das „Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate“ zurückgingen (vgl. als Überblick für die DDR: Wirth 1982). Die Schwäche dieses Ansatzes lag in der Anerkennung der Sowjetunion als dem entscheidenden politischen Faktor für die Entwicklung der „Weltrevolution“, im ökonomische Determinismus vor allem im Hinblick auf die Funktion des Staates, aber auch der Bestimmung der Rolle der Arbeiterklasse sowie in der Überzeugung, dass der Kapitalismus ohne sich ständig ausweitende Staatseingriffe keine Überlebenschance mehr habe – vor allem dieser letzten Aspekt wurde seit dem Ende der 79er Jahre mit der Zurücknahme der Staatstätigkeit durch die neoliberale Politik der Privatisierung und Deregulierung fundamental in Frage gestellt.

Eine dritte Linie war durch die Entwicklung einer linkssozialistischen Strömung seit den frühen 60er Jahren vorgegeben. Nach 1956 (Ungarn-Krise) hatten sich viele Intellektuelle von den kommunistischen Parteien ihrer Länder gelöst und gründeten Zeitschriften wie z. B. „New Left Review“ und „Socialist Register“ in Großbritannien, wo Perry Anderson, Ralph Miliband und E. P. Thompson eine wichtige Rolle spielten¹⁰. Eric Hobsbawm (2002: 219) hat die Jahre kurz vor und nach 1960 als „Wasserscheide in seinem Leben“ bezeichnet¹¹. Zur gleichen Zeit gab es Reaktionen auf den Anpassungsprozess der sozialdemokratischen Parteien („Godesberg“) an die herrschenden kapitalistischen Verhältnisse: in Frankreich gründete sich der PSU, in Italien die von Lelio Basso geführte PSIUP, die sich vom PSI Pietro Nennis abgespalten hatte und für ein Bündnis von Kommunisten und Sozialisten eintrat. Diese neuen Formationen waren einerseits für Intellektuelle, andererseits aber auch für linke Gewerkschafter interessant, die an Positionen der Kapitalismuskritik festhielten und die herrschenden sozialpartnerschaftlichen Tendenzen in den

¹⁰ In Frankreich war die Zeitschrift „Les Temps Modernes“ Organ unabhängiger sozialistischer Intellektueller (Jean-Paul Sartre, Simone de Beauvoir, André Gorz u.a.); in Jugoslawien gründete eine Gruppe von Philosophen die Zeitschrift „Praxis“, die bald verboten wurde, in den USA gab es die von Paul M. Sweezy, Paul A. Baran und Harry Magdoff herausgegebene Zeitschrift „Monthly Review“, die der Entwicklung der Bürgerrechts- und der Antikriegsbewegung in den USA sowie der kubanischen Revolution und der Entwicklung in Lateinamerika besondere Aufmerksamkeit widmete.

¹¹ In Dänemark hatte der KP-Vorsitzende Axel Larsen nach der Ungarn-Krise eine eigene „Sozialistische Volkspartei“ gegründet.

Gewerkschaften ihrer Länder ablehnten. In der Bundesrepublik Deutschland fiel dem SDS, der 1961 aus der SPD ausgeschlossen wurde, eine vergleichbare – aber deutlich reduzierte - Funktion zu (Deppe 1998). Basso gründete um die Mitte der 60er Jahre das „International Socialist Journal“, das in verschiedenen Sprachen erschien. In dieser Zeitschrift reflektierte sich am deutlichsten der Stand und die Entwicklung marxistischen Denkens auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges, auf dem sein Einfluss auf einen Tiefpunkt geraten zu sein schien.

Im Mittelpunkt stand die Analyse der antiimperialistischen Bewegungen an der Peripherie, Veränderungen in der Klassenstruktur der entwickelten kapitalistischen Gesellschaften, die zunehmende Bedeutung von Wissenschaft und Forschung für die Kapitalverwertung und die Analyse der Widersprüche der modernen kapitalistischen Gesellschaften, die – so das herrschende Bewusstsein - in der „Golden-Age“-Periode der Nachkriegszeit einige der klassischen Gebrechen des Kapitalismus – die Wirtschaftskrisen und die Erzeugung von Armut – gelöst zu haben schienen. Neue Fragen der Wirtschaftsdemokratie, der Rolle der wissenschaftlich-technischen Intelligenz im Produktionsprozess („neue Arbeiterklasse“, Serge Mallet), die Bedeutung der Planung von sozialökonomischen Prozessen (z.B. für die Überwindung regionaler Disproportionen), die Bedeutung von Rückständen auf dem Felde der Bildung und Wissenschaft („Bildungsnotstand“) kamen zur Sprache und wurden im Hinblick auf die Programmatik und Strategie von linken Parteien und Gewerkschaften diskutiert. Vor allem die linken Gewerkschafter verlangten eine Ausweitung der Arbeiterkontrolle in den Betrieben sowie eine Verknüpfung zwischen klassischen Forderungen (im Bereich der Löhne und der Arbeitsbedingungen) und einer Verbesserung der Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft außerhalb der materiellen Produktion (Wohnverhältnisse, Kultur, Bildung, Gesundheitswesen etc.). Besonders wichtig war dabei eine Debatte – z. B. zwischen Ernest Mandel und André Gorz – über „neokapitalistische“ oder „antikapitalistische Strukturreformen“ im Kapitalismus der Zeit, die wiederum von einer realistischen Einschätzung der Kräftekonstellationen zwischen Kapital und Arbeit in den Metropolen des Kapitals, aber auch von den neuen Widerspruchskomplexen in den entwickelten kapitalistischen Systemen ausging, die eine Ausweitung der regulativen Staatsfunktionen sowie von wissenschaftlich-technischer Qualifikation in der Bewältigung des Produktions- und Reproduktionsprozesses als auch von kritischem Wissen in der Auseinandersetzung um eine sozialistische Reformpolitik erfordern.

Diese drei Linien wurden nach 1968 und in den 70er Jahren durch zahllose Theoriedebatten überlagert, die oftmals wie Strohfeuer schnell verglimmten. Nachhaltiger war hingegen die Rezeption des Werkes von Louis Althusser, die die Renaissance des Marxismus auf die Aneignung des Marx'schen „Kapital“ – als dem Kern des „wissenschaftlichen Sozialismus“ - zurückführen wollte und dabei natürlich die Theoriegeschichte des Marxismus-Leninismus auch als eine Geschichte des theoretischen Verfalls bzw. Niedergangs interpretierte. Vor allem in der sog. „Staatsableitungsdebatte“ der 70er Jahre stand das Bemühen um die „richtige Ableitung“ des Staates aus dem „Kapital“ im Zentrum. Diese Debatte verlief sich bald in hoch abstrakte Elaborate, deren Bezug zur wirklichen Bewegung und zu den Kämpfen der Zeit kaum noch nachzuvollziehen war. Auch die Diskussion anderer Themen war stets von dem Bemühen bestimmt, auf das Marx'sche „Originalzitat“ zurückzugreifen. Verschiedene Ansätze von theoretischen wie empirischen Klassenanalysen oder auch zum Klassenbewusstsein der Arbeiter vermittelten neue Erkenntnisse über die Veränderung der innere Zusammensetzung der

Arbeiterklasse, sowie über die Bedeutung der lohnabhängigen Mittelklassen. Anfang der 70er Jahre reflektierte sich in der Theoriedebatte über das Verhältnis von Arbeiterklasse und Intelligenz auch ein Lernprozess der Studierendenbewegung: die Intellektuellen begannen zu begreifen, dass ihre Aktionen zur Demokratisierung der Hochschule und anderer Institutionen des Staates nur dann Aussicht auf Erfolg haben konnten, wenn sie sich mit breiteren – gewerkschaftlichen und politischen - Bewegungen der Arbeiterklasse verbündeten. Die sog. „GO-Politik“ an den Hochschulen in der Bundesrepublik, auf die ich eingangs im Zusammenhang mit der Kampagne um meine Berufung im Jahre 1972 hingewiesen habe, war auch ein Ergebnis dieser strategischen Reflexion.

Krise des Marxismus: der „Erdrutsch“

Eric Hobsbawm hat das letzte Viertel des 20. Jahrhunderts als eine Periode des „Erdrutsches“ bezeichnet¹²: „Die Geschichte des 20. Jahrhunderts war seit 1973 die Geschichte einer Welt, die ihre Orientierung verloren hat und in Instabilität und Krise geschlittert ist“ (Hobsbawm, 1998: 503). Die Krise des *theoretischen* Marxismus bestand zunächst einmal darin, dass er auf diese tiefgreifenden Veränderungen offenbar keine überzeugenden Antworten zu geben vermochte. Die Krise des *politischen* Marxismus bestand darin, dass die politischen und sozialen Kräfte – oder gar die Staaten, die sich auf den Marxismus bezogen, Niederlagen hinnehmen mussten bzw. in einen Niedergangs- und Zerfallsprozess eintraten, der in der Wende der Jahre 1989 – 1991 mit der Auflösung der Sowjetunion und des Systems der „sozialistischen Staaten“, also mit dem Zusammenbruch der (sich kommunistisch nennenden) Regime in Ost- und Südosteuropa seinen Höhepunkt erreichte. Die Krise der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung (im Westen), die in den 70er Jahren noch einmal einen Aufschwung erlebt hatte, ging (übrigens) diesem Zusammenbruch voraus. Vielfach wurde der Verlust des „Subjektes“ der Emanzipation, das doch in der Marxschen Klassentheorie eine zentrale Rolle spielt, beklagt (vgl. Deppe 2003 und 2006a). Natürlich haben die Krisen des politischen Marxismus das Interesse am theoretischen Marxismus (im Sinne einer kritischen Selbstreflexion) erodieren lassen¹³. Oftmals wird auch übersehen, dass diese Krise noch durch die Entwicklung in vielen Ländern und Regionen der sog. „Dritten Welt“ verschärft wurde, in denen Regime und Bewegungen scheiterten, die sich als sozialistisch bezeichneten und auch auf marxistische Theoriefragmente bezogen hatten - zumindest die Köpfe von Marx und Engels wurden noch an Staatsfeiertagen bzw. am 1. Mai herumgetragen (Deppe 1989).

¹² Im dritten Band (Teil 1) meines „Politischen Denkens im 20. Jahrhundert“ (Deppe 2006: 235 ff.) bin ich ausführlich auf die Umbruchkonstellation seit den späten 70er Jahren eingegangen und habe den Versuch unternommen, das Scheitern der Linken bis Mitte der 70er Jahre - und die Gründe dafür - zu analysieren. Bis heute ist die Auseinandersetzung mit dieser Fragestellung (die sich auch auf die Entwicklung in den staatssozialistischen Systemen ausweiten ließe) unterentwickelt.

¹³ In einer neueren Arbeit englischer Sozialwissenschaftler (Gamble et al. 1999: 1) heißt es am Anfang u.a.: „Marxism is widely perceived to be in crisis, and many believe the crisis is terminal.... The relationship between theory and practice has been central to Marxism, and external events and changes which have affected the political prospects for Marxism have often triggered reassessments of Marxist theory“. Leo Panitch und Colin Leys (2001: VIII) schrieben im Vorwort zur Ausgabe des „Socialist Register 2001“, das sich mit dem Thema „Working Classes – Global Realities“ befasste: „Als ein System sozialer Verhältnisse ist der Klassenbegriff zum Verständnis der Dynamik des heutigen Kapitalismus so zentral wie eh und je. Auf der anderen Seite aber, verstanden als eine politische Beziehung – in dem Sinne, das Arbeiter bewusst eine Klasse bilden, die sich zu einem alltäglichen Kampf gegen eine andere Klasse zusammenschließt, d.h. als ein Akteur, der zu politischen und ökonomischen Alternativen zu Neoliberalismus und Kapitalismus voranschreitet – als eine solche Beziehung verstanden, ist der Klassenbegriff in einer tiefen Krise“.

Ingesamt vollzog sich in einem Zeitraum von ca. 2 Jahrzehnten eine geradezu dramatische Veränderung der Kräfteverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Liberalismus und Sozialismus. Die sozialen und politischen Kräfte, die seit dem 19. Jahrhundert entweder für einen nicht-kapitalistischen Entwicklungsweg oder für eine „Zivilisierung“ des Kapitalismus durch Institutionen der gesellschaftlichen und politische Kontrolle des Marktes und der Akkumulation sowie durch die Erweiterung der Demokratie gekämpft hatten, wurden im Ergebnis von Niederlagen enorm geschwächt oder brachen zusammen. Deshalb wird von den Jahren 1989 – 1991 mit Recht von einer „Zäsur von welthistorischer Bedeutung“ gesprochen. Zugleich festigte sich – im Bereich der Ökonomie, der Politik und der Ideologie - eine hegemoniale Konstellation, die wir – oftmals etwas ungenau – als Vorherrschaft des „Neoliberalismus“ bezeichnen. In der Schrift von Francis Fukuyama über das „Ende der Geschichte“, die Anfang der 90er Jahre erschien, artikulierte sich das Selbstbewusstsein der neuen Herrschaftskonstellation: kapitalistische Marktwirtschaft und repräsentative Demokratie (nach angelsächsischem Vorbild) haben gegen alle Anfeindungen des Jahrhunderts gesiegt. „There Is No Alternative“ (TINA) - („Es gibt keine Alternativen mehr!“) - triumphierte Margaret Thatcher. Deshalb sei die Geschichte an ihr Ende gelangt – eine leichtfertige, euphemistische Prognose, die sich schnell als falsch herausstellen sollte¹⁴.

Die Turbulenzen dieser Jahrzehnte erschöpften sich jedoch nicht in den monetären Krisen nach der Auflösung des Bretton Woods Systems, in den Arbeitsmarktkrisen, die sich in einem kontinuierlich anwachsenden Trend zur Massenarbeitslosigkeit (in den entwickelten kapitalistischen Ländern) manifestierten, sowie in den politischen „Revolutionen“ der Wendezeit (nach 1989 und den durch sie ausgelösten Kriegen auf dem Balkan und in der ehemaligen Sowjetunion). Vielmehr vollzog sich – gleichsam unter der Oberfläche – ein tiefgreifender systemischer Wandel, der alle Bereiche der Ökonomie, der Gesellschaft, der Politik und der Kultur transformierte. Wir alle kennen die Inflationierung der Wortsilbe „post“ (klein geschrieben) und der Buchtitel, die – von der „Risikogesellschaft“, über die „Dienstleistungsgesellschaft“ bis zur „Informationsgesellschaft“ oder „Netzwerkgesellschaft“ (und vielen anderen Zuschreibungen mehr) – diesen Formationsbruch, die Herausbildung einer neuen Formation auf den Begriff bringen wollen. Wir sind (in unserem Marburger Arbeits- und Forschungszusammenhängen) dieser Problematik über die Rezeption der französischen „Regulationsschule“ sowie der - von Robert Cox begründeten - neogramscianischen Schule der Internationalen Politischen Ökonomie nachgegangen (vgl. Gill 1993; Cox 1998; Bieling / Steinhilber 2000; Candeias / Deppe 2001; Deppe 2006: 257 ff.).

Marxistische Erneuerung

Der „Erdrutsch“ eröffnete eine Herrschaftskonstellation, die um die Mitte der 70er Jahre als „a mode of discourse“ hegemonial wurde (Harvey 2005), danach – in den

¹⁴ Perry Anderson schrieb 1983: „Für den gesunden Menschenverstand unserer Tage sind alle Ideen, die einstmal den Glauben an den Sozialismus ausmachten, bloß noch tote Hunde. Das Zeitalter der Massenproduktion ist von einer Nach-Fordschen Ära abgelöst worden. Die Arbeiterklasse gilt als verblässende Erinnerung an die Vergangenheit, Kollektiveigentum als Grundlage für Tyrannei und Ineffizienz; substantielle Gleichheit als unvereinbar mit Freiheit und Produktivität“ (Anderson 1993: 143).

80er Jahren - als Neoliberalismus in eine Phase der „kreativen Zerstörung“ (z.B. unter Thatcher in Großbritannien und Ronald Reagan in den USA) übergang und in den 90er Jahren eine „neue Weltordnung“ – unter der Führung der USA – zu begründen schien (Candeias 2004: 73 ff.). Nunmehr entfalteten sich aber auch die inneren Widersprüche dieser Herrschaftskonstellation, die sich – auf ganz unterschiedliche Weise in verschiedenen Regionen der Welt – in neuen Formen des Widerstandes und des Kampfes gegen den „Neoliberalismus“ verdichteten und zugleich eine Wende auf der Ebene der wissenschaftlichen und politischen Diskurse einleiteten. Die kritische Literatur über die „Schattenseiten der Globalisierung“ hat längst die euphorischen Prognosen über die angeblich segenreichen Wirkungen freier Märkte (und schwacher Staaten) für Wohlstand und Demokratie verdrängt (z. B. Stiglitz 2002; Altvater / Mahnkopf 2002). Seit Porto Alegre (1999) wurde die weltweite globalisierungskritische Bewegung als die neue Sozialbewegung im Übergang zum 21. Jahrhundert entdeckt, die ihrerseits ein erneutes Interesse an der Politischen Ökonomie des Kapitalismus entwickelte¹⁵. In Lateinamerika schließlich riefen die Krisen wie die Folgen der neoliberalen Politik Gegenbewegungen hervor, die inzwischen in zahlreichen Staaten zu einem Regimewechsel zugunsten linker Regierungen geführt haben. In dem Maße, wie die neoliberale Politik – vor allem da, wo sie (wie z.B. im Irak) durch Gewalt durchgesetzt werden soll – scheitert, verstärkt sich die Tendenz zu einem autoritären Neoliberalismus (Harvey 2005: 181/182). Die ungleichmäßigen und ungleichzeitigen Verlaufsformen dieses Hegemoniezyklus sind selbst zu einem interessanten Forschungsgegenstand geworden. Dabei wäre auf den Forschungsstand über den Zusammenhang zwischen ökonomischen und politischen Zyklen („lange Wellen“) sowie auf die Analysen über Kampfzyklen der sozialen Bewegungen in der Geschichte der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft zurückzugreifen. Der Ansatz von Beverly Silver (2003) analysiert z. B. Zyklen der Kapitalbewegung und der Klassenkämpfe im Globalisierungsprozess seit dem späten 19. Jahrhundert.

Im folgenden werden nur einige Bereiche und Felder skizziert, in denen sich im Kontext des Epochenüberganges und des Formationsbruches neue Fragestellungen herauskristallisieren, die ihrerseits eine kritische Überprüfung des alten Erkenntnisstandes erfordern. Dabei bedarf es zugleich intensiver empirischer Forschungen, ohne die die Reformulierung theoretischer Positionen niemals gelingen kann.

- Die Internationalisierung („Globalisierung“) des Kapitalismus als Entgrenzung, als Erhöhung der Mobilität des Kapitals, Einbeziehung neuer Regionen in den Weltmarkt, Beschleunigung von Kommunikation, Reproduktion neuer sozialer Widersprüche und Konflikte. Dieses Thema stand im Mittelpunkt zahlreicher Analysen, Konferenzen, Zeitschriftenschwerpunkte der internationalen marxistischen „Scientific Community“. Die Herausbildung einer „neuen Weltordnung“, die von den USA beherrscht wird, steht im Mittelpunkt der Analysen zum „neuen Imperialismus“,

¹⁵ In den „neuen sozialen Bewegungen“ - oftmals auch unter „Altmarxisten“, die noch unter dem Schock der Ereignisse von 1989 standen - galt „Ökonomismus“ als ein schlimmes Vergehen. Erst in der globalisierungskritischen Bewegung – also z.B. in den Attac-Gruppen, die sich mit der Tobin-Steuer, den internationalen Handelsbeziehungen, dem Washington-Consensus und der Verschuldungskrise, aber auch mit der Rolle und der Politik von internationalen Organisationen wie der WTO und dem IWF beschäftigten – wurden ökonomische Analysen des globalen Kapitalismus – z. B. die Schriften von Jörg Huffs Schmid, Elmar Altvater, Joachim Bischoff und neuerdings auch Georg Fülberth – wieder zur Kenntnis genommen.

der gerade nicht als Fortsetzung des „klassischen Imperialismus“ zu begreifen ist (vgl. als Überblick über die Diskussion Deppe u.a. 2004: 71 ff.).

- Der Übergang vom Fordismus zum finanzgestützten Akkumulationsregime des sog. „Shareholder-Value-Kapitalismus“. Dabei tritt die Frage nach den Wachstums- und Beschäftigungspotentialen des neuen Akkumulationsregimes in den Vordergrund. Das neue Regime räumt jedoch nicht nur den internationalen Finanzmärkten eine privilegierte Funktion ein, sondern greift tief in die Strukturen des Unternehmensmanagements („corporate governance“) – einschließlich der Regulation der Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit – ein. Die Erosion des der sog. „Deutschland-AG“ eigenen Korporatismus (Beziehungen zwischen Staat - Management – Gewerkschaften) wird inzwischen als Folge der Durchsetzung des neuen Finanzmarkt-Regimes erkannt (Sablowski 2005; Windolf 2005).

- Die Transformation von Staatlichkeit im Zuge der Internationalisierungsprozesse - also die Analysen zum „Wettbewerbsstaat“ – vor allem die neueren Arbeiten von Joachim Hirsch und Bob Jessop, aber auch unsere Marburger Analysen zur Transformation von Staatlichkeit im Prozess der europäischen Integration seit den 80er Jahren (Hirsch u.a. 2001; Deppe u.a. 2003).

- Die Auseinandersetzungen um die „Neue Weltordnung“ und insbesondere um die Rolle der USA in der internationalen Politik nach dem Ende des Kalten Krieges und der Systemkonkurrenz. Dabei spielt die Zunahme der Gewalt in den neuen und alten Kriegen, aber auch in den sozialen Problemzonen der armen wie der relativ reichen Gesellschaften eine immer wichtigere Rolle. Gewalt charakterisiert nicht allein die Prozesse der Enteignung von materiellen Ressourcen, öffentlichen Gütern und sozialen Teilhaberechten, die z. B. David Harvey (2003: 137 ff.) in den Mittelpunkt seiner Analysen zur „accumulation by dispossession“ stellt. Sie kennzeichnet auch die Formen des Widerstandes in verschiedenen Teilen der Welt, die sich gegen zunehmende Enteignung richten. Die Debatte über die „globale Enteignungsökonomie“ (Zeller 2004) und über den „neuen Imperialismus“ reflektiert die zunehmende Gewaltförmigkeit der Politik. Dazu kommt der Aufschwung des religiösen Fundamentalismus (nicht nur in seinen islamischen Gestaltungen), der vor allem die marxistische Ideologietheorie herausfordert.

- Die Analysen zur Veränderung der Klassen- und Sozialstrukturen haben einerseits zur Überprüfung zentraler Prämissen marxistischer Klassentheorien (z.B. über die „Arbeiterklasse“) gezwungen; auf der anderen erleben die Klassendiskurse eine Renaissance. Der früh verstorbene Sebastian Herkommer (2005) erklärte dies wie folgt: „Es sind in der Tat die realen sozialen Probleme, insbesondere die sich weit öffnende Schere zwischen Reichtum und Armut (weltweit und in den reichsten kapitalistischen Gesellschaften) selbst), sowie die mit der Massen- und Dauerarbeitslosigkeit sich verschärfenden Phänomene sozialer Ausgrenzung, die in den Sozialwissenschaften zu einer Wiederbelebung von Klassentheorie geführt haben“. Die „Dynamiken sozialer Spaltung und Ausgrenzung“ (Bieling 2000) werden von den herrschenden Paradigmen der Sozialwissenschaften nicht erfasst. Das neoliberale Globalisierungsmodell reproduziert ein System der „globalen Apartheid“ (Amin 2006), das von Mike Davis in seinem neuen Buch „Planet of Slums“ (2006) am Beispiel der sozialen Widersprüche der Urbanisierung (Explosion der Megastädte) im Süden analysiert wird. Die Veränderung der Klassen- und Sozialstruktur wird auch in den Debatten über die neuen Formen der sozialen

Unsicherheit und Marginalisierung thematisiert. Die Forschungen der Jenaer Soziologen um Klaus Dörre (2003 und 2006) zur Ausweitung der Prekarität in die „Mitte der Gesellschaft“ konkretisieren die These des französischen Soziologen Robert Castel (2005) zur „Rückkehr der Unsicherheit“ und der „neuen Risikoproblematik“, die mit der Transformation der Arbeitsmärkte auf der einen und dem Abbau des universalistischen Sozialstaates auf der anderen Seite verbunden sind. Für die Politikwissenschaft sind im Rahmen der Klassenanalyse a) die Transformationen von Staatlichkeit, und b) die Veränderungen der politischen Kräfteverhältnisse zwischen den Klassen – als Folge z. B. der Krise der Gewerkschaften – von Bedeutung. David Harvey (2005: 31 ff.) hat in seiner „kurzen Geschichte des Neoliberalismus“ gezeigt, wie die Durchsetzung der Politik des Neoliberalismus nicht nur mit der Umverteilung des gesellschaftlich produzierten Reichtums zugunsten der oberen Einkommensgruppen, sondern auch mit der Formierung von Klassenmacht zugunsten des „herrschenden Blockes“ einhergeht. Diese politischen Dimensionen der Klassenanalyse („Klassenformierung“ als politischer Prozess auf der nationalen wie der internationalen Ebene) bedürfen dringend einer theoretischen Reflexion und empirischen Aufarbeitung (vgl. dazu z. B. van der Pijl 1998).

- Auf dem Felde der Ideologiekritik konfrontieren uns – auch in der Politikwissenschaft – die komplexen Prozesse der „Kommodifizierung des Geistes“ mit neuen Herausforderungen. Dabei geht es nicht allein um die zunehmende kapitalistische Durchdringung der „Überbauten“: der Kultur, der Wissenschaft, der Bildung, sondern vor allem um die Transformation der Öffentlichkeit im Medienzeitalter, die auch für die konventionelle Politikwissenschaft von hoher Bedeutung sind, wenn es darum geht, Phänomene der Politikverdrossenheit, der Wahlabstinz, der Ausgrenzung immer weiterer Teile der Bevölkerung aus der aktiven politischen Partizipation zu analysieren und zu erklären. Macht als Verfügung über die Produktionsmittel des Wissens und seiner Verteilung hat im gegenwärtigen Kapitalismus eine neue Dimension gewonnen.

- Der Zerfall zumal der „alten“, der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung (ein zentraler Bestandteil der Krise des Marxismus) in den Metropolen des Kapitals hatte eine lange Vorgeschichte. Die Gewerkschaften traten seit dem Ende der 70er Jahre (in fast allen entwickelten kapitalistischen Staaten) in eine Phase ein, die von Niederlagen in Streikauseinandersetzungen, Mitgliederverlusten, Finanzkrisen etc. geprägt waren. Das Modell der „Arbeiterpartei“ befand sich seit dem Ende des 2. Weltkrieges im Niedergang; in den 80er Jahren setzte die Krise (bzw. die Auflösung) der einst großen kommunistischen Parteien in Frankreich und Italien gleichsam den Schlusspunkt. Als Klassenorganisation haben die Gewerkschaften überlebt. Seit den 90er Jahren (die Entwicklung verläuft äußerst ungleichzeitig) sind sie dabei, sich aus der Konstellation der Defensive und des Niedergangs herauszuarbeiten. Die alte Arbeiterbewegung der II. und der III. Internationale ist (nach meiner Überzeugung) tot.

- Gleichwohl gibt es einen Aufschwung von Arbeiterbewegungen, allgemeiner: von sozialen Bewegungen in der ganzen Welt, die sich gegen die Folgen der Durchkapitalisierung und der Enteignungsprozesse zur Wehr setzen. Beverly Silver (2002: 2) schreibt in der Einleitung von „Forces of Labor“: „Beginning in the late 1990s a growing number of observers were suggesting that labor movements were on the upsurge, most visible as mounting popular backlash against the dislocations

provoked by contemporary globalization". Mit Blick auf die USA schreibt sie über das zunehmende Interesse - als Reflex auf die wirklichen Kämpfe: "New Journals were founded that sought to actively engage academics with the new labor movement (e.g. *Working America*), large academic conferences on the new labor movement were organized, and a new section of the American Sociological Association on labor movements was founded in 2000" (2003: 2). Inzwischen hat sich die internationale Gewerkschaftsforschung – vor allem in Westeuropa – dem Thema der „Revitalization“ und des „Union Renewals“ zugewandt (als Überblick über den Forschungsstand Hälcker / Vellay 2006). Auch die Frage nach Ansätzen einer gewerkschaftlichen Strategiebildung im Globalisierungsprozess ist dabei ins Blickfeld der Sozialwissenschaften geraten (z. B. Harrod / O'Brien 2002).

Wir haben in unseren Analysen zur europäischen Integration zeigen können, dass in den meisten Ländern die Gewerkschaften in die Rolle des wichtigsten (zivilgesellschaftlichen) Gegenspielers gegen die neoliberale Politik geraten sind, wobei die Formierung eines „gegenhegemonialen Blockes“ gewiss noch ganz am Anfang steht. Besonders wichtig sind auf diesem Felde die Arbeiten meines Kollegen, des Soziologen Dieter Boris über „soziale Bewegungen in Lateinamerika“; denn hier vollziehen sich Veränderungen, in denen sich nicht nur soziale Gegenbewegungen gegen die (nationale wie die globale) Politik des Neoliberalismus formiert haben, sondern diese auch schon auf den Ebene der politischen Machtverteilung (in ganz unterschiedlichen Formen) tiefgreifende Veränderungen bewirkt haben (Boris 1998; Boris 2002; zuletzt: Boris u.a. 2005; Boris / Tittor 2006). Dass dort auch schon wieder (von Intellektuellen wie politischen Führern) die Frage diskutiert wird, was eigentlich „Sozialismus im 21. Jahrhundert“ sei (Dietrich 2006) zeigt einmal mehr, dass die Geschichte (und damit auch die offenen Fragen für marxistische Theorie und Forschung) keineswegs an ihr Ende gelangt ist.

Den „Imperialismus“ der neoliberalen Ökonomen zurückweisen

Dieses Kaleidoskop von Analysefeldern und von Autoren erhebt natürlich keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Zunächst einmal soll so Vielfalt und Breite einer internationalen Forschungspraxis und Diskussion aufgezeigt werden, in der sich die Arbeit an der „Erneuerung“ marxistischer Theorie und Analyse vollzieht. Man könnte es auch als eine Art Arbeitsprogramm (an dem sich möglichst viele zu beteiligen hätten) auf vielen „Baustellen“ verstehen. Dabei dürfte deutlich sein, dass nur ein „offener Marxismus“ - also das Gegenkonzept zu einer geschlossenen, monistischen Weltanschauung – dieser Aufgabe gerecht werden könnte. Inzwischen haben sich – in diesem Erneuerungsprozess - internationale Netzwerke etabliert – beeindruckende Beispiele sind dafür z. B. verschiedene Zeitschriftenprojekte, das von Leo Panitch und Colin Leys herausgegebene Jahrbuch „Socialist Register“ und das von Wolfgang Fritz Haug u.a. - unter bescheidenen materiellen Bedingungen - realisierte Projekt des „Historisch-kritischen Wörterbuchs des Marxismus“, von dem inzwischen 7 Bände erschienen sind. Wir haben uns mit der Marburger Forschungsgruppe Europäische Integration und mit dem MAK in den letzten Jahren immer wieder darum bemüht, die bedeutendsten Vertreter/innen dieser internationalen Debatten zu Vorträgen und Konferenzen nach Marburg einzuladen. Die internationale Bewegung der „Sozialforen“ (von Porto Alegre bis hin zu den regionalen Sozialforen) ist in diesem Erneuerungsprozess besonders wichtig, weil hier die Vertreter/innen der globalisierungskritischen, sozialen Bewegungen und die

Intellektuellen, die an der Erneuerung einer kritischen Kapitalismuskritik arbeiten, zusammentreffen und sich austauschen.

Für die Politikwissenschaft – um auf die eigene Fachdisziplin zurückzukommen - ergibt sich aus dem widersprüchlichen Prozess der Durchsetzung der neuen Formation des „globalen High-Tech-Kapitalismus“ vor allem die Aufgabe der Analyse der Transformation des Staates – sowohl hinsichtlich der „Internationalisierung“ des Staates als auch hinsichtlich der Transformation zum „Wettbewerbsstaat“, dessen Hauptaufgabe darin besteht, den „nationalen Standort“ im globalen Wettbewerb abzusichern. Dieser Prozess hat natürlich vielfältige Dimensionen, auf die hier im einzelnen nicht eingegangen werden kann. Die übergreifende Thematik - der „rote Faden“, der viele Einzelthemen durchzieht – betrifft das Verhältnis von Politik und Ökonomie, von Staat und Markt. Mehr als ein Jahrhundert lang schien der kontinuierliche Ausbau des Interventionsstaates – auf dem Felde der ökonomischen Steuerung (Keynesianismus), durch den Ausbau des „Sicherheitsstaates“ und auch durch den Ausbau des (westeuropäischen) Sozialstaates – eine Art „Naturgesetz“ zu sein. Der damit verbundene Korporatismus war das adequate politische System, um die polarisierenden Wirkungen der kapitalistischen Ökonomie und der mit ihr verbundenen sozialen Risiken (z. B. Arbeitslosigkeit) durch die integrativen Wirkungen sozialer Bürgerrechte abzuschwächen. Im Kern war dies der „Klassenkompromiss“ des modernen „Wohlfahrtsstaates“, den Politologen als Gestalt des „embedded liberalism“ (Ruggie) der Nachkriegszeit bezeichnet haben. Dieser war auch eine Reaktion auf die Katastrophen der Zwischenkriegsperiode, deren Ursachen Karl Polanyi in seiner „Great Transformation“ im Jahre 1944 analysiert hatte: „der Konflikt zwischen dem Markt und den elementaren Erfordernissen eines geordneten gesellschaftlichen Lebens verlieh diesem Jahrhundert seine Dynamik (von Krisen und Kriegen, der Zerstörung der Zivilisation, F. D.) und erzeugte die typischen Spannungen, die zur Zerstörung dieser Gesellschaften führten. Die Kriege beschleunigten bloß diesen Prozess“ (Polanyi 1978: 329).

Im „Erdrutsch“ (Hobsbawm) hat sich diese Tendenz umgekehrt: mit der Politisierung der Ökonomie wurden über den demokratischen Staat die Ansprüche einer geordneten Gesellschaft und eines öffentlichen Raumes gegenüber der kapitalistischen Marktökonomie und dem unumschränkten Primat der Kapitalverwertung geltend gemacht. Die Ökonomisierung der Politik bedeutet hingegen, a) dass das politische System den Funktionserfordernissen des globalen Standortwettbewerbs angepasst wird, dass b) der Staat „für die Wirtschaft“ billiger wird (vor allem durch Steuersenkungen und Ausgabenkürzungen), c) die Institutionen und Akteure, die gesellschaftliche Interessen gegenüber der privaten Kapitalverwertung vertreten (z. B. Gewerkschaften, Sozialverbände oder Institutionen des Bildungswesens und der Wissenschaft), geschwächt werden, und dass schließlich d) über den Staat und seine ideologischen Apparate als herrschende Meinung gefestigt werde, dass die Lösung gesellschaftlicher Probleme durch den Markt stets effektiver bewältigt werden könne als durch den Staat und dass dabei zugleich individuelle Freiheitsräume gegenüber (angeblich) kollektiver Entmündigung (durch staatliche Regelungen) erweitert werden. Je mehr sich diese Tendenzen in der Praxis durchsetzen – und das war der Kern der Argumentation von Karl Polanyi - um so mehr wirken Tendenzen der Zerstörung von Gesellschaftlichkeit (Solidarität) und des öffentlichen Raumes, denen mehr und mehr die Ressourcen für ein erfolgreiches Funktionieren entzogen werden.

Der Zerfall des öffentlichen Raumes, der eine „Krise der Repräsentation“ (Ingrao/Rossanda 1996) und eine substantielle Gefährdung der Demokratie¹⁶ einschließt, wird materiell durch die gewaltigen Privatisierungswellen im Bereich der öffentlichen Güter (seit den 80er Jahren) fundiert. Dazu hat die Privatisierung der Medien – verbunden mit der „Herrschaft der Quote“ – die Tendenz zur Entpolitisierung, zur medialen Personalisierung von Politik erheblich verstärkt. Wenn aber die Wissenschaft und die Institution Universität auf die Bedürfnisse des ersten Arbeitsmarktes, auf Forschungen, die direkt der Kapitalverwertung dienen, auf Wissen, das direkt verwertbar (verkaufbar) ist, auf den schlanken Staat, der immer mehr Funktionen „outsourct“ (d.h. privatisiert), zugeschnitten werden - dann wird auch eine kritische Sozialwissenschaft, eine kritische Politikwissenschaft, die sich solchen Tendenzen entgegenstellt, unvermeidlich der Tendenz zur Ökonomisierung des Politischen unterliegen. Sie wird gezwungen werden (wenn sie überleben will), sich den Erfolgreichen in der Politik wie in der Wirtschaft anzubiedern. Dafür gab und gibt es in den vergangenen Jahren zahlreiche Beispiele – in verschiedenen Bundesländern, an verschiedenen Universitäten, an denen durch den Abbau von Stellen in den sozialwissenschaftlichen Bereichen (auch unter Berufung auf die schlechter werdenden Chancen der Studierenden auf dem Arbeitsmarkt) Stellen und Mittel abgebaut wurden. Man könnte also annehmen, dass es – da es hier in letzter Instanz um Existenzfragen des Faches geht – ein gemeinsames Interesse von Vertretern verschiedener Richtungen und Arbeitsschwerpunkte in der Politikwissenschaft geben müsse, den „Imperialismus der (an der Neoklassik orientierten) Ökonomen“ zurückzuweisen; von denen nicht wenige die Demokratie als eine strukturelle Gefährdung für ein optimales Funktionieren des Marktes (und damit der ökonomischen Effizienz) ansehen.

Ich komme zum Schluss. Obwohl ich in dieser Vorlesung auf verschiedene Beiträge und Ansätze zu einer Erneuerung marxistischer Theorie und Analyse hingewiesen habe, bin ich nicht der Illusion verfallen, dass der bloße Nachweis der Notwendigkeit einer kritischen, materialistischen Politikwissenschaft schon Garant ihrer Überlebensfähigkeit in den Institutionen unseres Wissenschaftssystems sein könne. Ich bin Realist genug, zur Kenntnis zu nehmen, dass ich nunmehr als einer der letzten aus jener Generation abtrete, die im Gefolge der Studierendenbewegungen der späten 60er Jahre und der Reformpolitik der frühen 70er Jahre die Chance (und das Glück) hatten, auf eine Professur berufen zu werden. Bertolt Brecht lässt „Me-ti“ sagen: „Jeder Lehrer muss lernen, mit dem Lehren aufzuhören, wenn es Zeit ist. Das ist eine schwere Kunst“. Am Schluss dieser Passage heißt es - und wer von uns würde dem nicht zustimmen: „So schlimm es ist, keinen Rat zu bekommen, so schlimm kann es sein, keinen geben zu dürfen“.

In Marburg haben seit der Berufung von Wolfgang Abendroth im Jahre 1952 – natürlich individuell höchst verschieden – Wissenschaftler gelehrt und geforscht, die sich als Marxisten begriffen haben und (als Repräsentanten der Abendroth-Schule mit ihren spezifischen Schwerpunkten) auch (ebenfalls in unterschiedlicher Intensität) in politische Auseinandersetzungen zur Unterstützung des linken Flügels der real existierenden Arbeiterbewegung interveniert haben. Dafür sind wir schon in den Jahren 1967/68 als „Traditionalisten“ kritisiert worden - wobei viele unserer Kritiker

¹⁶ Wilhelm Heitmeyer (2001: 500) vertritt die These, „dass sich ein autoritärer Kapitalismus herausbildet, der vielfältige Kontrollverluste erzeugt, die auch zu Demokratieentleerungen beitragen, so dass neue autoritäre Versuchungen durch staatliche Kontroll- und Repressionspolitik wie auch rabiater Rechtspopulismus gefördert werden ... wo die Marktorthodoxie siegt, stirbt die Demokratie...“

(sofern sie überlebt haben) längst ins Establishment, das sich jetzt schwarz-grün färbt, aufgestiegen sind und sich dafür feiern lassen, dass sie als einst linksradikale Randgruppenkämpfer inzwischen als Mitglieder der herrschenden Elite – z. B. als Minister oder als Journalisten der „Zeit“ – anerkannt sind. „Traditionalisten“ machen natürlich auch Fehler und sie entsprechen nicht immer dem Modell von „Erfolgsmenschen“. Wer sich mit den Subalternen einlässt, gehört nicht unbedingt zu den glamourösen Erscheinungen des heutigen – auch wissenschaftlichen - Showgeschäfts. Aber, solche „Traditionalisten“ sind vielleicht besser gewappnet, schwere Zeiten der Niederlage zu überstehen und zu analysieren, ohne dabei ihre Identität zu verlieren und moralisches Kapital zu verschleudern. Zumindest hat uns dies die Vita von Wolfgang Abendroth gelehrt (Urban u.a. 2006).

Meine Prognosen über die Zukunft des Marxismus – zumal in den Universitäten dieses Landes – bleiben zurückhaltend und skeptisch, obwohl ich weiß, wie viele hoch qualifizierte junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler für diese Arbeit der Erneuerung auch hierzulande zur Verfügung stehen. Die Formel „Pessimismus des Verstandes, Optimismus des Willens“, die Antonio Gramsci zugeschrieben wird (die dieser aber von Romain Rolland übernommen hatte), gilt auch für diesen Bereich. Wir sind einerseits wieder in einer Situation, in der – zumal im Bereich der Sozialwissenschaften – Pluralismus gegen das Einheitsdenken (*Pensée Unique*, Bourdieu) etwa nach dem Vorbild der angelsächsischen Universitäten oder der Universitäten in Frankreich, Spanien und Italien einzuklagen wäre. Auf der anderen Seite wird wohl ohne großen gesellschaftlichen und politischen Druck von außen die gegenwärtige Machtkonstellation an den Universitäten nicht zu ändern sein.

Ich möchte mich mit der Bemerkung verabschieden, dass ich in den vergangenen 40 Jahren die Arbeit an dieser Universität, in unserem Institut als Privileg, als Verpflichtung gegenüber denen, die meine Berufung unterstützt hatten, aber auch als eine Arbeit empfunden habe, die – in der Regel, im Durchschnitt – mehr Freude als Verdruss bereitet hat. Ich hoffe, es ist mir gelungen, dies auch gegenüber den Studierenden deutlich werden zu lassen. Dazu haben viele Menschen beigetragen, mit denen ich zusammen lebe und mit denen ich bis heute – wissenschaftlich und politisch - zusammenarbeite. Und dafür möchte ich mich bedanken! Die Geschichte ist noch längst nicht „am Ende“; Fukuyama hat sich Anfang der 90er Jahre geirrt! Die Franzosen, die über den 14. Juli zwangsläufig an dieser Veranstaltung teilhaben, sagen bei dieser Gelegenheit: „La Lutte continue!“

Postskript (November 2007)

Der Präsident der Universität Marburg weigert sich seit dem Sommer 2007, den Zweitplazierten der Berufungsliste für meine Nachfolge zu berufen, nachdem der Erstplazierte den Ruf nicht annehmen konnte, weil er in Großbritannien wesentliche günstigere Bedingungen vorfindet, und der Drittplazierte einen Ruf an eine andere Universität angenommen hatte. Er schlug vor, die Stelle (Internationale Politische Ökonomie, Nachfolge Deppe) zu streichen. Dagegen entwickelte sich massiver Protest von Seiten der Studierenden und von zahlreichen Wissenschaftlern aus der ganzen Welt. Der Präsident hat darauf hin seine Entscheidung zurückgezogen und den Professorinnen und Professoren des Instituts für Politikwissenschaft die Aufgabe übertragen, die durch Wolfgang Abendroth Anfang der 50er Jahre begründete

Tradition einer kritischen, marxistischen „politischen Soziologie“, die auf Seiten der subalternen Klassen in die gesellschaftlichen und politischen Kämpfe der Zeit eingreift, zu beenden.

Literatur

Abendroth, Wolfgang (1967), Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie, Neuwied.

Albers, Detlev / Goldschmidt, Werner / Oehlke, Paul (1971), Klassenkämpfe in Westeuropa, Reinbek bei Hamburg.

Althusser, Louis (1978), Krise des Marxismus, Hamburg.

Altwater, Elmar / Mahnkopf, Birgit (2002), Globalisierung der Unsicherheit, Münster.

Amin, Samir (2006), Apartheid global. Der neue Imperialismus und der globale Süden, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 2/2006, S. 163 ff.

Anderson, Perry (1978), Über den westlichen Marxismus (1976), Frankfurt / Main .

Anderson, Perry (1993), Zum Ende der Geschichte, Berlin.

BdWi, Sektion Marburg (1977), Hrsg., Sozialwissenschaft und Arbeitsnehmerinteresse, Köln.

Bieling, Hans-Jürgen (2000), Dynamiken sozialer Spaltung und Ausgrenzung, Münster.

Boltanski, Luc / Chiapello, Ève (2003), Der neue Geist des Kapitalismus, Konstanz.

Boris, Dieter (1998), Soziale Bewegungen in Lateinamerika, Hamburg.

Boris, Dieter (2002), Macht und Ohnmacht sozialer Bewegungen in Lateinamerika, in: ders., Metropolen und Peripherie im Zeitalter der Globalisierung, Hamburg, S. 145 - 166.

Boris, Dieter u.a. (2005), Lateinamerika. Verfall neoliberaler Hegemonie, Hamburg.

Boris, Dieter / Tittor, Anne (2006), Der Fall Argentinien. Krise, soziale Bewegung und Alternativen, Hamburg.

Candeias, Mario (2004), Neoliberalismus, Hochtechnologie, Hegemonie. Grundrisse einer transnationalen kapitalistischen Produktions- und Lebensweise, Hamburg.

Candeias, Mario / Deppe, Frank (2001), Hrsg., Ein neuer Kapitalismus? Hamburg.

Castel, Robert (2002), Die Stärkung des Sozialen. Leben im neuen Wohlfahrtsstaat, Hamburg.

Cox, Robert W. (1987), Production, Power and World Order. Social Forces in the Making of History, New York.

Cox, Robert W. (1998), Weltordnung und Hegemonie in der Internationalen Politischen Ökonomie, FEG-Studie Nr. 11, Marburg.

Davis, Mike (2006), Planet of Slums, London / New York.

Deppe, Frank (1985), Arbeiterbewegung in Westeuropa 1945 – 1985: von der Bewegung zur Stagnation? In: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF, 8/1985, Frankfurt / Main, S. 58 – 91..

Deppe, Frank (1989), Der Sozialismus und die geistige Situation am Ende des Jahrhunderts, in: Helga Grebing u.a., Sozialismus in Europa – Bilanz und Perspektiven, Essen 1989, S. 26 – 42.

Deppe, Frank (1991), Krise des Marxismus? In: Thomas Brüsemeister u.a. (Hrsg.), Die versteinerten Verhältnisse zum Tanzen bringen. Beiträge zur marxistischen Theorie heute, Berlin, S.76 – 96.

Deppe, Frank (1998), Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) – Keimzelle der Bewegung von 1968? In: Buckmiller, Michael / Perels, Joachim (Hrsg.), Opposition als Triebkraft der Demokratie. Jürgen Seifert zum 70. Geburtstag, Hannover, S. 112 .- 127.

Deppe, Frank (2003), Arbeiterklasse und Arbeiterbewegung im 21. Jahrhundert, in: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Nr. 43, Juni 2003, S. 71 - 96.

Deppe, Frank (2006), Politisches Denken im Kalten Krieg. Teil 1: Konfrontation der Systeme, Hamburg.

Deppe, Frank (2006a), „Kapitalismus Reloaded“. Widerstand und Perspektiven jenseits des Kapitalismus, in: Sozialismus, 1/2006, S. 20 – 27.

Deppe, Frank / Fülberth, Georg / Harrer, Jürgen (1977), Hrsg., Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, Köln (1989 erschien die überarbeitete und erweiterte 4. Auflage).

Deppe, Frank / Felder; Michael / Tidow, Stefan (2003), Structuring the State. The Case of European Employment Policy, in: Kohler-Koch, Beate, Ed., Linking EU and National Governance, Oxford, S. 175 – 200.

Deppe, Frank / Heidbrink, Stefan / Salomon, David / Schmalz, Stefan / Schoppengerd, Stefan / Solty, Ingar (2004), Der neue Imperialismus, Heilbronn.

Dieterich, Heinz (2006), Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts, Berlin.

Dinnebier, Käte / Deppe, Frank (1959), Marburg, in: Bamberg, Hans-Dieter u.a., Hrsg., Hochschulen und Gewerkschaften, Köln, S. 236 – 246..

Dörre, Klaus (2003), Neubildung von gesellschaftlichen Klassen, in: Bischoff. Joachim u.a., Klassen und soziale Bewegungen, Hamburg, S. 18 – 32.

Dörre, Klaus (2005), Wiederkehr der Unsicherheit – Konsequenzen für die Arbeitspolitik, in: Richard Detje u.a. (Hrsg.), Arbeitspolitik kontrovers, Hamburg, S. 73 – 103.

Gamble, Andre / Marsh, David / Tant, Tony (1999), Eds., Marxism and Social Science, Urbana and Chicago.

Gill, Stephen (1993), Gramsci, Historical Materialism and International relations, Cambridge.

Gramsci, Antonio (1996), Kerkerhefte, Band 7, Hamburg.

Haelcker, Juri / Vellay, Claudius (2006), Hrsg.), Union Renewal – Gewerkschaften in Veränderung, Düsseldorf (edition der Hans-Böckler-Stiftung 179).

Harrod, Jeffrey / O'Brien, Robert (2002), Eds., Global Unions? Theory and Strategies of Organized Labour in the Global Political Economy, London and New York.

Harvey, David (2003), The New Imperialism, Oxford.

Harvey, David (2005), A Brief History of Neoliberalism, Oxford.

Heitmeyer, Wilhelm (2001), Autoritärer Kapitalismus, Demokratieentleerung und Rechtspopulismus. Eine Analyse von Entwicklungstendenzen, in: Loch, Dietmar / Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.), Schattenseiten der Globalisierung, Frankfurt / Main , S. 497 – 534.

Herkommer, Sebastian (2005), Ausgrenzung und Ungleichheit. Thesen zum neuen Charakter unserer Klassengesellschaften, in: Anhorn, Roland / Bettinger. Frank (Hrsg.), Sozialer Ausschluss und soziale Arbeit, Wiesbaden, S. 57ff.

Hirsch, Joachim / Jessop, Bob / Poulantzas, Nicos (2001), Die Zukunft des Staates, Hamburg.

Hobsbawm, Eric (1998), Das Zeitalter der Extreme, München.

Ingrao, Pietro / Rossanda, Rossana (1996), Verabredungen zum Jahrhundertwende, Hamburg.

Jung, Heinz / Schleifstein, Josef (1979), Die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus und ihre Kritiker, Frankfurt / Main.

Kracauer, Siegfried (1992), Der verbotene Blick, Leipzig.

Miliband, Ralph (1977), Marxism and Politics, Oxford.

Panitch, Leo / Leys, Colin (2001), Introduction, Socialist Register 2001, London / New York.

Peter, Lothar (2006), Der Kampf gegen das CPE. Neue Aspekte der Protestbewegung in Frankreich, in: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung Nr. 66, Juni 2006, S. 61 – 71.

Polanyi, Karl (1978), Polanyi, The Great Transformation, Frankfurt / Main .

Sablowski, Thomas (2005), Handlungskonstellationen im Shareholder-Kapitalismus, in: Richard Detje u.a., Arbeitspolitik kontrovers, Hamburg, S. 15 – 27.

Silver, Beverly (2003), Forces of Labor. Workers' Movements and Globalization since 1870, Cambridge.

Stiglitz, Joseph (2002), Die Schatten der Globalisierung, Berlin.

Urban, Hans-Jürgen (2006) / Buckmiller, Michael / Deppe, Frank (Hrsg.), „Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie“. Zur Aktualität Wolfgang Abendroths, Hamburg.

Van der Pijl, Kees (1998), Transnational Classes and International Relations, London and New York.

Vetter, Heinz Oskar (1979), Was erwarten die Gewerkschaften von den Hochschulen? (1977), In: Hans-Dieter Bamberg u.a. (Hrsg.), Hochschulen und Gewerkschaften, Köln, S. 446 – 457.

Windolf, Paul, Hrsg. (2005), Finanzmarkt-Kapitalismus, Sonderband 45 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Wiesbaden.

Wirth, Margret (1982), Kapitalismustheorie in der DDR, Frankfurt / Main

Zeller, Christian, Hrsg. (2004), Die globale Enteignungsökonomie, Münster.